

Höhe von 5,3 Mio.NT\$ (rd. 200.000 US\$) zugebilligt. Mitte Dezember waren insgesamt noch 565 betagte Parlamentarier verblieben: 469 in der Nationalversammlung, 81 im Gesetzgebungs- und 15 im Kontroll Yuan.

Nach dem Rücktritt der alten Garde bleiben noch 188 in Taiwan regelmäßig gewählte zusätzliche Parlamentarier, die jeweils noch rund ein Jahr lang ihr Mandat beibehalten dürfen, und zwar 78 der Nationalversammlung, 81 des Gesetzgebungs- und 29 des Kontroll Yuan. Am 21. Dezember wurden bereits 325 neue Deputierte zur Nationalversammlung gewählt (s. das entsprechende Thema in diesem Heft). Neuwahlen zum Gesetzgebungs Yuan werden Ende 1992 und zum Kontroll Yuan Anfang 1993 stattfinden. (LHB, 31.12.91; SWB, 18.12.91; FCJ, 13.12.91) -ni-

*(37)

Zollsenkung für rd. 2.000 Importgüter

Der Gesetzgebungs Yuan hat nach einer einjährigen Verzögerung am 23. Dezember die neue Novellierung eines Teils der Bestimmungen von Importzolltarifen verabschiedet. Insgesamt wurden die Tarifsätze für 1.965 Positionen von Importgütern um durchschnittlich 8% herabgesetzt. Die bedeutsamste Änderung ist die Reduzierung des Einfuhrzollsatzes für Pkw auf einheitlich 30%. Dies kann nach Meinung von Geschäftsleuten dieser Branche die Pkw-Preise um 7-7,5% verbilligen. Dem ursprünglichen Regierungsentwurf zufolge sollten die Tarife für Pkw über 3.000 ccm unverändert auf dem bisherigen Niveau von 42,5% bleiben. Daher sorgte der Parlamentsbeschluss in der Öffentlichkeit für großes Aufsehen. Auch bei Transportfahrzeugen und Bussen werden die Importzölle von 48% auf 42% gesenkt; 1990 wurden 133.567 Autos in Taiwan eingeführt.

Zusammengefaßt verringerte sich die durchschnittliche nominelle Zollbelastung für Industrieprodukte von 7,2% auf 6,6% und für Agrarerzeugnisse von 23,2% auf 21,6%. Der allgemeine durchschnittliche reale Importzollsatz ist von 4,9% auf 4% gesunken, was der Forderung von GATT entspricht.

Die neuen Zollsätze treten zum 1.1.1992 in Kraft. Das Finanzministerium bezifferte die Mindereinnahmen aufgrund der Zollsenkung auf rd. 577 Mio.US\$ pro Jahr. (LHB, 14.12.91; FCJ, 17.12.91; NfA, 19.12.91) -ni-

Hongkong und Macau

*(38)

Rücktritt von Wilson als Gouverneur von Hongkong 1992

Nach lang andauernden Spekulationen hat London am 30. Dezember bestätigt, daß Sir David Wilson (56) 1992 von seinem Amt als Gouverneur der britischen Kolonie Hongkong zurücktreten wird. Zugleich sprach Premierminister John Major aber sein "volles Vertrauen" zu Wilson aus, der darüber hinaus von der Königin in den Adelsstand erhoben wurde. (SCMP und FT, 31.12.91; DGB, 1.1.92)

Wilson trat am 9. April 1987 das Amt des 27. Gouverneurs von Hongkong an. 1984 wurde zwischen London und Beijing vereinbart, Hongkong am 1. Juli 1997 an China zurückzugeben. Die Beziehungen zwischen Hongkong und Beijing sind im Hinblick auf den nahenden Wandel immer gespannter geworden. Auf der einen Seite versucht die chinesische Regierung, ihren politischen Einfluß in Hongkong noch vor 1997 möglichst auszubauen, auf der anderen Seite verlangt die Mehrheit der Einheimischen, besonders der Mittelstand, mehr Demokratie. Der bisher leidenschaftlichste und langwierigste Streit zwischen Hongkong und Beijing um den Bau eines neuen Flughafens der Noch-Kolonie wurde erst bei Majors Chinabesuch Anfang September beigelegt. (Siehe dazu C.a., September 1991, Ü 34, S.575 f. und Dokument, S.593 f.) Dem Vernehmen nach war man in London und Hongkong mit Wilsons Verhandlungen mit Beijing in dieser Frage nicht zufrieden. Gleich nach der Unterzeichnung des sino-britischen Verständigungsmemorandums über den Bau des neuen Flughafens verdichtete sich das Gerücht über einen Rücktritt des Gouverneurs. Dies wurde damals von Major wiederholt dementiert. Allerdings hatte Sir Wilson selbst in der Vergangenheit gesagt, daß er wahrscheinlich nicht bis zur Übergabe Hongkongs 1997 in seinem Amt als Gouverneur bleibe.

Der Nachfolger von Sir Wilson ist noch nicht bekannt. Man erwartet eine Ernennung des neuen Gouverneurs erst nach den kommenden allgemeinen Wahlen in Großbritannien, die spätestens bis Juli 1992 stattfinden müssen. Eine Reihe prominenter Namen steht bereits zur Disposition, wie z.B. die

frühere Premierministerin Margaret Thatcher, der frühere Außenminister Sir Geoffrey Howe, der Minister für Nordirland Peter Brooke, Verteidigungsminister Tom King, Innenminister Kenneth Baker, der frühere britische Botschafter in der UNO, Lord Ivor Richard, sowie der frühere britische EG-Kommissar, Lord Clinton-Davis. Es hängt allerdings noch davon ab, welche Partei die nächsten Wahlen gewinnen wird. Politische Beobachter sind der Meinung, daß London, zumal beim Wahlsieg der Labour Party, eine starke politische Figur für das Gouverneursamt bevorzugt, um das Image des britischen Imperiums in Hongkong in der letzten Phase vor der Rückgabe der Kolonie wahren zu können.

Sir Wilson, ein Sinologe und Diplomat von Beruf, gehörte vor seiner Ernennung zum Gouverneur als "assistant under-secretary" (stellvertretender Unterstaatssekretär) zur zweiten Garnitur im britischen Außenministerium. Er genießt eher das Ansehen eines Verwalters als eines Politikers. -ni-

*(39)

Neuer Beschluß des Hongkonger Legislativrats gegen die sino-britische Vereinbarung über die Struktur des geplanten höchsten Berufungsgerichts

Am 4. Dezember hat der Legislativrat mit großer Mehrheit einen Beschluß angenommen, der der jüngsten sino-britischen Vereinbarung über die Einrichtung eines höchsten Berufungsgerichts in Hongkong widerspricht. Wie berichtet (C.a., Oktober 1991, Ü 49, S.642 f.), haben sich die Vertreter Beijings und Londons auf der 20. Sitzung der sino-britischen Gemeinsamen Liaison-Gruppe für die Vorbereitung der Übergabe Hongkongs 1997, die vom 24. bis 26. September in London stattfand, darauf geeinigt, die Einrichtung des höchsten Berufungsgerichts in Hongkong noch 1993 zu realisieren. Das Gericht soll gemäß der Vereinbarung aus fünf Richtern bestehen, von denen im Einzelfall bei Bedarf auch einer ein Auswärtiger aus einem "Common Law"-Gebiet sein kann.

Die Vereinbarung stieß in Hongkong auf heftige Kritik, denn es wird befürchtet, daß es unter den Einheimischen Hongkongs z.Z. noch nicht genügend qualifizierte Juristen für die höchsten Richterämter gibt und daß Beijing ab 1997 durch Ernennung der meisten Richter der höchsten Instanz die Gerichtsbarkeit von Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone

beeinflussen könnte. Das Übereinkommen, so die Kritiker weiter, entspreche nicht der sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 über die Rückgabe Hongkongs sowie dem vom chinesischen Nationalen Volkskongreß am 4. April 1990 verabschiedeten Grundgesetz für Hongkong als Sonderverwaltungszone der VR China ab 1997, in denen für die Hinzuziehung von auswärtigen Richtern zur Mitarbeit am höchsten Berufungsgericht keine zahlenmäßige Einschränkung vorgesehen sei.

Der Legislativrat, der in den kommenden Monaten ein Gesetz für die Gründung des geplanten höchsten Berufungsgerichts verabschieden soll, hat bereits am 25. Oktober 1991 bei einer internen Sitzung mit überwiegender Mehrheit einen Appell an die britische Kolonialregierung beschlossen, die Organisation und Struktur des höchsten Berufungsgerichts mit Beijing neu zu verhandeln. In dem o.g. neuen Beschluß vom 4. Dezember heißt es: "Das künftige höchste Berufungsgericht von Hongkong soll bei der Berufung auswärtiger Richter mehr Flexibilität aufweisen als das, was China und Großbritannien bereits vereinbart haben, und zwar eine Flexibilität mit der Stärke, die den Vorschriften der sino-britischen Gemeinsamen Erklärung (1984) und des Grundgesetzes (1990) entsprechen müssen." Der neue Beschluß wurde ebenfalls mit einer überwiegenden Mehrheit von 34 gegen 11 Stimmen bei vier Enthaltungen verabschiedet. (DGB, 6.12.91; AWSJ, 5.12.91; IHT, 5.12.91; FAZ, 11.12.91)

Nach dem neuen Beschluß des Legislativrats wiederholte die chinesische Seite nachdrücklich ihren Standpunkt, die sino-britische Vereinbarung über die Einrichtung des künftigen höchsten Berufungsgerichts von Hongkong nicht zu revidieren. Am 5. Dezember sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wu Jianmin, daß der Legislativrat lediglich ein Beratungsorgan für den Gouverneur von Hongkong sei und daher über kein Recht verfüge, die zwischen der chinesischen und britischen Regierung bereits erreichte Vereinbarung zu revidieren oder abzulehnen. Auf der 21. Sitzung der sino-britischen Liaison-Gruppe vom 3. bis 5. Dezember in Hongkong protestierte die chinesische Seite gegen die Debatte im Legislativrat über die Frage des künftigen höchsten Berufungsgerichts. Der chinesische Chefdelegierte Guo Fengmin betonte am 5. Dezember vor der Presse, daß die sino-britische Vereinbarung über das

höchste Berufungsgericht mit der sino-britischen Gemeinsamen Erklärung über Hongkong und dem chinesischen Grundgesetz für Hongkong völlig konform sei. Kein Organ von Hongkong sei befugt, die Vereinbarung zu ändern. (CD, 6.12.91; DGB, 7.12.91)

Die britische Seite versicherte, die sino-britische Vereinbarung zu befolgen, andererseits kann die Kolonialregierung bei der Gesetzgebung für die Einrichtung des geplanten höchsten Berufungsgerichts eine Zustimmung des Legislativrats schwer umgehen. In London begrüßte die oppositionelle Labour Party den neuen Beschluß des Legislativrats von Hongkong. Ein Mitarbeiter des Abgeordneten George Foulkes, außenpolitischer Sprecher der Opposition im Unterhaus, sagte, daß eine Labour-Regierung nach einem Sieg bei den kommenden allgemeinen Wahlen (1992) mit Beijing über die Struktur des höchsten Berufungsgerichts für Hongkong neu verhandeln werde, um damit dem Wunsch der Einheimischen zu entsprechen. (SCMP, 6.12.91) -ni-

*(40)

Neuer Sieg der aktiven Demokraten Hongkongs bei einer Nachwahl zum Legislativrat

Am 8. Dezember fand eine Nachwahl zum Legislativrat (Parlament) in Hongkong statt. Sie war notwendig geworden, nachdem ein Mitglied des Rates, Dai Zhanhua (Tai Chin-wah), der bei den ersten direkten Teilwahlen zum Parlament in der Geschichte der Kronkolonie am 15. September 1991 im Wahlbezirk New Territories West gewählt worden war, infolge des Verdachts falscher Qualifikationsangaben bei der Berufszulassung als Solicitor am 8. Oktober sein Mandat aufgegeben hatte.

Dai gehört keiner politischen Gruppierung an. Um den freigewordenen Parlamentssitz kämpften bei der Nachwahl vier Kandidaten, zwei aktive Demokraten, Huang Weixian (Zachary Wong Wai-yin, Angehöriger der politischen Gruppierung "Meeting Point") und Yan Tiansheng (Kingsley Yim Tin-sang, Angehöriger der politischen Gruppierung "Association of Democracy and People's Livelihood") sowie zwei Parteilose, Deng Zhaotang (Tang Siu-tong) und Xue Haorang (Kingley Sit Ho-yin). Huang, der bei den Wahlen im September mit 27.243 Stimmen als Dritter im gleichen Wahlbezirk

dem Gegner Dai mit 30.871 Stimmen unterlegen war, gewann diesmal mit 21.559 Stimmen. Nur 27,43% (54.534) der insgesamt 198.817 eingetragenen Wähler waren zur Urne gegangen, weit hinter dem Ergebnis der Wahlbeteiligung im September mit 40,98%. (SCMP, 9.12.91; DGB, 10.12.91)

Wie berichtet (C.a., September 1991, Ü 35, S.576), haben die aktiven Demokraten bei den ersten direkten Teilwahlen zum Legislativrat im letzten September einen gewaltigen Siegerungen. Sechzehn der insgesamt achtzehn gewählten Abgeordneten zählen zu den engagierten Anhängern der Demokratisierungsbewegung, davon gehören zwölf der "United Democrats of Hongkong" an. Bei der jüngsten Nachwahl in New Territories West wurde Huang Weixian sowohl von "Meeting Point" als auch von "United Democrats of Hongkong" unterstützt. Mit dem Sieg von Huang sind unter den direkt gewählten Mitgliedern des Legislativrats bis auf einen Parteiunabhängigen alle Anhänger der aktiven demokratischen Kräfte.

Insgesamt hat der Legislativrat 60 Mitglieder. Neben den 18 vom Volk direkt gewählten Abgeordneten sind noch 21 durch die sogenannten "functional constituencies" (acht Wirtschafts- und Berufsverbände sowie das Kommunalorgan "Regional Council") gewählt und 18 vom Gouverneur ernannt. Ferner gibt es drei ex-officio Mitglieder: der Chief Secretary, der Financial Secretary and der Attorney General.

Da die Delegierten der Wirtschafts- und Berufsverbände sowie die vom Gouverneur ernannten Parlamentarier einschließlich der ex-officio Mitglieder nur mit wenigen Ausnahmen konservativ bzw. regierungstreu sind, können die aktiven Demokraten trotz ihrer überzeugenden Wahlsiege keine Mehrheit im neuen Legislativrat bilden. Darüber hinaus hat die Regierung absichtlich die Sitze der aktiven Demokraten als Oppositionelle nicht zusammen, sondern verstreut angeordnet, um damit nach außen hin den Eindruck einer formellen Fraktionsbildung im Legislativrat zu vermeiden. Bislang funktioniert der Rat nur als ein legislatives Beratungsorgan für den Gouverneur. Ein Vorschlag über die Bildung von ständigen Ausschüssen für die Verstärkung der parlamentarischen Funktion des Legislativrats ist auf heftige Kritik von Beijing gestoßen, das 1997 die britische Kolonie zurücknimmt. Eine Einführung der parlamentarischen Demokratie in Hongkong will die chinesische Regierung nicht akzeptieren. -ni-